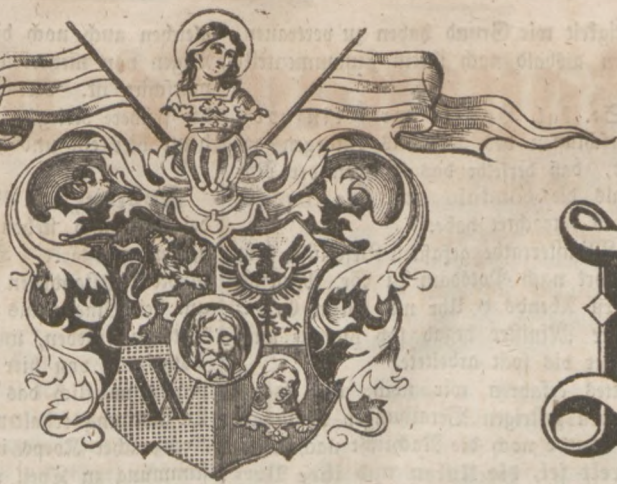


# Breslauer



# Zeitung.

N. 308.

Mittwoch den 6. November

1850.

**Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.**  
Leipzig, 5. November. Die Einberufung der Reichstages, so wie der angeordnete Pferdeverkauf sind auf Grund einer friedlichen Proklamation der Regierung zurückgenommen.

**Telegraphische Korrespondenz**  
für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.  
Hamburg, 4. November. Berlin-Hamburger 90 1/4. Köln-Minden 97.  
Getreide unverändert. Del. flau, p. Oktober 23 1/2, p. Frühjahr 22 1/2. Kaffee unverändert. Zink 2750 Ctr. Schwimmsend 10, 1500 Ctr. loco 10.  
Stettin, 4. November. Roggen 34 1/2, p. Frühjahr 38 1/2, und 36. Rüböl 11 1/2, p. Frühjahr 11 1/2 Br. Spiritus 21 1/2, p. Frühjahr 20 1/2 Br.  
Frankfurt a. M., 3. November. (Effektenlocat.) Nordbahn 41 1/2.

**Fulda, 3. November.** Die Preußen unter dem Oberbefehl Radewitz, Gröbner und Kattes sind eingerückt. (Das Einrücken der Preußen haben wir bereits gestern gemeldet.)  
**Mailand, 31. Oktober.** Die „Era nuova“ ist von der Militärbehörde unterdrückt worden.  
**Turin, 30. Oktober.** Laut Korrespondenz des „Comune Italiano“ hätte der Papst den König, die Minister und die bei den siccardischen Gesandten beteiligten Parlamentarier excommunicirt. Die neuesten Turiner Blätter schweigen noch zu dem Ereigniß. Herr Barrot ist, nachdem er dem Ministerpräsidenten D'Almeida eine scharfe Note der französischen Regierung übergeben, nach Paris abgereist. Dem Vernehmen nach will der Unterrichtsminister abtreten und soll durch Herrn Gioja oder den Marquis Alfieri ersetzt werden.

**Praha, 30. Oktober.** Auch in Albanien zeigt sich eine Gährung. Der Pascha von Scutari hat den Hauptlingen der türkischen Bevölkerung Befehle gegeben, um über ihr Verhalten bezüglich der von der Porte neuerlich angeordneten Reformen, z. B. in der Bekleidungsweisen u. d. gl. Entschlüsse zu fassen. Scutari wird von der Höhe von Gorizia mit Batterien und vier Bataillons bewacht. Weitere Truppenabtheilungen marschiren gegen Mostar. Omer Pascha hat den verdächtigen Hauptling von Scutari, Mustafa Pascha Sabich mit sich fortnehmen lassen.

## Uebersicht.

**Breslau, 5. November.** Der Staats-Anzeiger publicirt die allerhöchste Ordre vom 2. November, wonach die preussischen Kammer auf den 21. November einberufen werden. — Ein in Berlin kursirendes Gerücht will wissen, daß die Kammer bald nach ihrer Einberufung wieder verlagert werden würde.

Der Staats-Anzeiger publicirt die allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 3. November, wonach die Entlassung des Ministers des Auswärtigen General v. Radewitz, angenommen wird. Dasselbe Portefeuille ist einstweilen dem Minister-Präsidenten, Grafen Brandenburg, und während dessen Krankheit dem Minister Manteuffel interimistisch übertragen. — Als künftiger Minister des Auswärtigen ist der bisherige preussische Gesandte in Wien, v. Bernstorff, bezeichnet, ein Mann, welcher der österreichischen Politik sehr ergeben sein soll. Er ist bereits auf der Rückreise nach Berlin begriffen.

Auch Minister Ladenberg hat seine Entlassung eingereicht. Sie soll nicht angenommen werden sein.

Auch Herr v. Sydow hat als Vorsitzender im Fürstentkollegium und Unterstaats-Sekretär seine Entlassung eingereicht.

Unter SS-Korrespondent giebt noch einige interessante Details von der Minister-Konferenz vom 2. November.

Der Minister-Präsident Graf Brandenburg ist schwer erkrankt. (S. unten die Bulletin.)

Minister Manteuffel führt das Staatsruder fast allein. In der letzten Ministerkonferenz ist die Unterwerfung Preußens unter Oesterreich beschlossen worden. Gestern ist Herr v. Rosenberg von Berlin nach Wien mit einer Depesche dieses Inhalts abgegangen. Dieses Auktentz spricht aus:

daß sich Preußen den Vorbedingungen, welche Oesterreich für die freien Konferenzen gefordert, vollständig unterwerfe;

daß es bereit sei, die Zerstückung der letzten Reste der von ihm geschaffenen Union auch gegen den Widerspruch des Fürstentkollegiums durchzuführen;

daß in Kürze jeder feindselige Begegnung der beiderseitigen Truppen vorbeugt, und

daß es einer Intervention süddeutscher Truppen in den Herzogthümern zu Gunsten Dänemarks keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde.

Die freien Konferenzen, welche Preußen verlangt hat, können nur zum Bundesstage führen, da Oesterreich darauf beharrt, daß der bisherige sogenannte Bundesstag in unbeschränkter Weise fortbestehen und Preußen sich den Beschlüssen desselben nicht widersetze.

In Berlin will man Mißstimmung unter dem Offizier-Corps bemerkt haben.

Der Sohn der österreichisch-geimtenen Journale wird immer untrüglicher. Die „Augsb. Allg. Ztg.“ meldet: der Bundesstag habe beschlossen, daß „österreichische“ Truppen die Herzogthümer Schleswig-Holstein zur Ordnung bringen werden. Das österreichische Organ erinnert uns an die Zeiten Wallensteins und Tillys! Seit jenen Zeiten werde wieder zum ersten Male der österreichische Doppel-Adler an den Gefahnen der Nord- und Ostsee wehen. (Ja wohl, der preussische Adler hat sie in dem verflochtenen Jahrhundert davon fern gehalten!) — Sie rühmen sich frech genug der Ehre: daß aus-wärtige Mächte dem Bundesstage das Recht zugesprochen hätten, die dem monarchischen Prinzip (d. h. der dänischen Annahme) widerstrebende Bewegung niederzuwerfen.

In dem königlichen Schloß wird die Armee mobil gemacht. Es soll mehr als eine bloße Demonstration dahinter stehen.

Der König von Württemberg möchte gar zu gern ein Heer von 20,000 Württembergern und 30,000 Oesterreichern gegen Preußen führen. Er läßt nach Kräften rüsten, und hält seinen Feld-Apparat in Bereitschaft.

Der Kurfürst von Hessen wird von seinem eigenen Schwieger-sohne, dem Grafen Jsenburg, in Antlagesstand verlegt. Wir enthalten uns in Betreff dieser wunderbaren Geschichte jeder Bemerkung, indem wir auf den Artikel Rassel verweisen.

Die oldenburgische Regierung hat in Bezug auf die preussischen Unions-Vorschläge geantwortet: sie nimmt an, daß die Verfassung vom 26. Mai 1849, welche nach erfolgter parlamentarischer Annahme und Revision auch von ihr in den Konferenzen des Fürstentkollegiums als zu Recht bestehend anerkannt ist, nach wie vor der Ausgangspunkt und das Ziel der Union bleibe. — Ähnlich lautet die braunschweigische Erklärung. Die anhalt. Dessau. Köthensche Regierung stellt sogar ausdrücklich den Antrag auf sofortige Publikation der innerhalb der Union vereinbarten Grundrechte. — (Es giebt noch deutsche Regierungen!)

Ein englisches Blatt veröffentlicht die Depesche des General v. Radewitz an die Statthalterei in Kiel vom 23. Oktober. Darin wird die Statthalterei aufgefordert, einen Waffenstillstand mit Dänemark einzugehen, und die Ausgleichung der schleswig-holsteinischen Differenzen einer dazu zu ernennenden Kommission zu überlassen. — Der Bundesstagskurier, welcher die Statthalterei den Befehl überbringt, fordert die Waffen zu strecken, heißt omibinder Weise D. H. — General Hahn ist unverrichteter Sache wieder nach Berlin abgereist. Um so wahrscheinlicher ist es, daß der Bundesstagskurier mit einer verben abschlägigen Antwort heim geschickt werden wird.

Die österreichischen Regierungsorgane melden mit unerschütterter Freude die Entlassung des Ministers Radewitz. — Die zweiten Bataillone sächsischer, kroatisch-slavonischer Grenz-Regimenter marschiren nach Wien. — Das Hauptquartier des österreichischen Armeekorps aus Voralberg unter FML. Legobitsch ist bereits auf baierischem Boden, nämlich in Kaufbeuren.

Der Papst hat den König von Sardinien, die Minister selbst und die bei den Siccardischen Gesandten beteiligten Parlamentarier excommunicirt.

## Breslau, 5. November.

Wir konnten die traurigen Ereignisse der letzten Wochen, in welchen ein selbstverleitetes und längst voraussehbare Geschick Schlag auf Schlag seine schreckliche Erfüllung fand, ohne Beimischung eigener Reflexionen berichten. Hätten wir doch nicht vermocht, Worte zu finden, welche tiefer und schärfer in das patriotische Gefühl einzuschneiden geeignet waren, als der schmücklose Bericht der nackten Thatsachen.

Eine Mißgunst dieser Thatsachen war in den Augen des gefunden Menschenverstandes eine Unmöglichkeit, und in der That haben wir aus den Lagern aller Parteien, mit Ausnahme einer verworfenen Partei des Auslands, nur eine ungetheilte Stimme des Schmerzes vernommen.

Wie oft auch die Stimme des bekannten ministeriellen Dranges die konservativen Freunde der Regierung über die wahre Bedeutung ihrer Politik getäuscht hat, Angesichts so niederschmetternder Thatsachen mußte die schamlose Dreistigkeit, mit welcher die deutsche Reform auch noch in diesem Augenblicke von der Wahrung der preussischen Ehre und der preussischen Interessen zu fassen wagt, völlig wirkungslos bleiben. Und wenn die Neue Preussische Zeitung in cynischem Uebermuth behauptet: „Noch sei die Ehre Preußens Niemandem verpfändet, und Preußens Sache sei es nicht, die verpfändete Ehre Anderer einzulösen,“ so wird es hoffentlich in Preußen nur Wenige geben, welche der Meinung sind, daß derjenige, der das Wort gesprochen: „Deutschland vertraue hierin dem Rechtsgefühl der preussischen Regierung,“ daß derjenige, welcher bekannte Worte der Minister als seine eigenen Gedanken bezeichnete, dem Staate Preußen gegenüber ein „Anderer“ sei, dessen Pfand nicht das ganze preussische Volk Mann für Mann einzulösen verpflichtet wäre.

Aber gleich unmöglich schien es uns, daß von unserer Seite das unaushaltbare zur Tiefe hinabrollende Rad unseres Geschicks noch gehemmt werden könnte.

Nachdem den Sympathien der Völker der offene Krieg erklärt, nachdem das Mißtrauen in den Geist des Volkes und den Geist der Zeit, welches bisher im Stillen gewuchert und jede Lebenskraft erstikt hatte, zur offenkundigen Thatsache geworden war, da konnten wir nur fürchten, daß durch unsern Widerspruch die Verblendung noch verstärkt, nicht aber hoffen, daß die bessere Erkenntniß geweckt werden könnte.

Das Wesentliche dessen, was gekommen ist, hatten wir längst und wiederholt als die nothwendige Konsequenz einer Politik der Widersprüche, der Halbheit, der Muthlosigkeit und des Mißtrauens während in Aussicht gestellt. Wie unsere Regierung ihren Beruf aufgefassen und ergreifen hatte, mußte er scheitern. Was hätte uns aber der traurige Triumph helfen können, bei jeder neuen schmerzlichen Erfahrung auf ihre von uns so oft und eindringlich getadelten Grundursachen zurückzuweisen.

Auch die einzelnen schmerzlichen Zuckungen, in welchen sich das so hart angegriffene preussische National-Gefühl zu schwachen Versuchen des Widerstandes gegen die immer gesteigerten, immer schmerzlicheren Demüthigungen aufraffen zu wollen schien, konnten uns nicht zu täuschenden Hoffnungen hinreissen. Die vorhandene Energie reichte gerade aus, um unter dem Eindruck empfindlicher Schläge zuweilen schmerzlich aufzufressen, aber sie erlosch, wenn sie dem Gegner fest ins Auge blickten und die Hand zum Widerstande erheben sollte.

Wir können sogar nicht umhin, die letzte Entscheidung unserer Minister Angesichts der gebieterischen Wahl zwischen Krieg und Frieden nicht zu beurtheilen, als der verlegte Patriotismus geneigt sein möchte. Zwar theilen wir nicht das anscheinende Mißtrauen gerade unserer Minister-Generäle in die Wehrkraft des preussischen Staates, wohl aber anerkennen wir, daß ein Kampf in diesem Augenblicke und unter den gegenwärtigen politischen Constellationen, mit der Aufbietung der ganzen Volkskraft, für ein allseitig gebilligtes Ziel und mit dem unerschütterlichen Glauben an dieses Ziel geführt werden mußte.

Wie hätten also unsere Minister für einen Krieg stimmen können, welcher gegen die völkereigentlichen Tendenzen der Kabinette sich richten mußte, nachdem sie selbst zum Voraus gegen die Sympathien der Völker sich verwarbt hatten? Wofür hätten sie das Volk in die Waffen rufen sollen, nachdem sie den positiven Inhalt der bisherigen preussischen Politik bereits hingepflegt hatten, ohne einen neuen Inhalt dafür zu gewinnen?

Woher endlich hätten sie jetzt in der Stunde des Unglücks den Glauben nehmen sollen an die deutsche und die konstitutionelle Mission Preußens und an die Kraft der nationalen und liberalen Ideen, nachdem ihr Mißtrauen und ihre Kleingläubigkeit sie abgehalten hatte, das Glück beim Schopfe zu fassen, als es freiwillig sich ihnen darbot?

Für Preußen stand die Wahl: ob es als Deutschlands Hort und als Schirm der Freiheit der Herrschaft der Fremden und dem eindringenden Strome des Despotismus sich entgegenwerfen und die ganze Wucht seines Prinzips in die Waagschale legen, oder ob es, an der Kraft seiner natürlichen Hilfsmittel und Bundesgenossen verzweifeln, vor den Triumphwagen des Czaren sich anspannen und von ihm die Bedingungen seiner fernern Existenz sich vorschreiben lassen wollte.

Hierüber war lange vor der letzten Katastrophe die Entscheidung gefallen. Längst hatte die Regierung diejenigen als ihre Gegner behandelt, die einst in der Kaiserkrone das Symbol für Preußens Zukunft ihr entgegenbrachten, die fort und fort Preußens Blick nach Deutschland hinwärtigen trachteten. Längst schon hatte sie verkündet lassen, daß ihre deutsche Politik wesentlich auf diejenigen sich stützen wolle, welche sich konservativ in ihrem Sinne nannten. Und welcher Art der Konservatismus war, der allein Gnade findet vor den Augen unserer Staatsmänner, das hat das ministerielle Organ erst in den letzten Tagen verrathen, indem es behauptet, daß die wahre konservativen in Wahrheit überall partikularistisch gefärbt seien.

Ein deutscher Bundesstaat, getragen von den Säulen des Partikularismus, was das nicht ein Haus, hinfalliger, als wenn es auf Sand gebaut wäre? Konnten wir im Ernste hoffen, daß im brausen Sturm unsere Staatsmänner unter sein schwankendes Dach sich flüchten, und es für fest genug halten würden, zum Widerstande gegen den Anprall der Feinde, um all ihre Habe hinein zu retten und Gut und Leben ihm anzuvietrauen?

Als unsere Minister die letzte Entscheidung faßten, da war die großartige Alternative, in welche die Geschichte sie gestellt hatte, in ihren Augen bereits beseitigt und nur die klägliche Wahl ihnen übrig geblieben: ob sie, nachdem fast alle theuersten Güter und Interessen Preußens hingegeben waren, für den letzten Rest noch Alles aufs Spiel setzen sollten.

Der preussische Patriot konnte das hoffen, weil auch an diesem letzten Reste Preußens Ehre hing. Wer an die Geschichte glaubt, konnte es wünschen, weil vielleicht durch eine aufrichtige Umkehr auch in diesem Augenblicke noch Alles wiedergewonnen war. In der Konsequenz unserer Ministerialpolitik lag aber die Entscheidung, welche gekommen ist.

So heftet unser Schmerz sich nicht an diesen letzten Moment, aber in tiefer Seele empfinden wir in diesem Augenblicke noch einmal all das Weh, welches eine schwer verirrte Politik auf ein herrliches, hoffnungsreiches Land gehäuft hat. Und wäre es möglich, daß dieser Schmerz über das Wesen der Sache noch erhöht werden könnte durch die Form, in welcher der Kelch uns gereicht wird, die letzten Ereignisse hätten uns auf den Höhepunkt des Elends gebracht.

Wir waren gefaßt auf einen verdeckten, aber doch anscheinend ehrenvollen Rückzug. Wir haben eine wilde Flucht erlebt. Nicht begnügt hat man sich, stillschweigend aufzugeben, worfür Preußen gerungen und gebüht. Mit eigener Hand soll es zerstören, was es gebaut, mit eigenen Lippen widerrufen und verleugnen, was es hundertmal gelobt und im Büßengewande erscheinen vor dem Czaren und seinen Trabanten.

Darauf waren wir nicht gefaßt.

Aber dennoch wollen wir nicht verzweifeln an Preußens Stern. Der Widerruf unserer Staatsmänner wird verhallen in dem Wehen der Zeit, aber die Wahrheit wird bleiben, die wir bekennen. Sie ist eingegraben in die Tafeln der Geschichte und in die Herzen der Nation. Und diese antwortet auf Euren Widerruf mit dem Worte Galiläas: „Und sie bewegt sich doch.“

## Preußen.

**Berlin, 4. Novbr.** Der Staats-Anzeiger veröffentlicht folgende allerhöchste Kabinetts-Ordre:

Mit Bezug auf Meine Ordre, durch welche Ich den Staatsminister v. Radewitz auf seinen Antrag von der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten entbinde, will Ich, bis zur Ernennung eines Nachfolgers, hierdurch dem Präsidenten des Staatsministeriums, Grafen v. Brandenburg, und während der Dauer der gegenwärtigen Krankheit desselben, dem Minister des Innern, Freiherrn v. Manteuffel, die einstweilige Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übertragen.

Sandjouri, den 3. November 1850.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegengez.) Graf v. Brandenburg.

an das Staats-Ministerium.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c. in Gemäßheit der Artikel 76 und 77 der Verfassungs-Urkunde auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt: Die Kammer werden auf den 21sten dieses Monats in unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen.

Unser Staats-Ministerium wird mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchstehenden Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insigne.

Gegeben Bellevue, den 2. November 1850.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(kontr. sign.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg.

v. Manteuffel. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

v. Stockhausen. v. Radewitz.

An das Staats-Ministerium.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Buchhalter Lamprecht und Harting bei der General-Militär-Kasse den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

**Berlin, 4. November.** [Auflösung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel.] Das Ministerium befindet sich nicht mehr in einer partiellen und persönlichen Krise,

sondern in einer vollständigen Auflösung, die nicht durch Personen-Fragen, sondern durch den Bruch der Prinzipien herbeigeführt worden ist. Gleichzeitig mit Herrn v. Radewitz hat auch der Unterrichtsminister Herr v. Ladenberg bei dem König seine Entlassung eingegeben. Beide Minister vertraten in dem so entscheidungsvollen gewordenen Ministerium dieselbe Ansicht; welche auf eine vollständige Mobilmachung der preussischen Armee und auf bewaffnete Transaktionen drang. Graf Brandenburg, der nominelle Träger des Kabinetts, ist seit vorgestern schwer erkrankt, und brachte die letzte vergangene Nacht in einem heftigen Fieber-Delirium zu, so daß man für sein Wiederaufkommen zu fürchten hat. (S. unten.) Jedemfalls ist an seinen Rücktritt in die Geschäfte nicht mehr zu denken. Die Anstrengungen der Warschauer Reise und die aus jener Konferenz hervorgegangenen beispiellosen Verwirrungen scheinen den Gesundheitszustand dieses ungemein ehrenhaften Staatsmannes erschüttert zu haben. Herr v. Manteuffel, der jetzt den noch vorhandenen Restbestand unseres Kabinetts leitet, hat einstweilen den Vorstoß im Ministerium und zu seinem eigenen Departement noch die provisorische Verwaltung der Geschäfte des auswärtigen Ministeriums übernommen. Herr v. Radewitz soll auf das Allerentschiedenste erklärt haben, daß er in seine Ministerstellung nicht wieder zurückkehren werde. Er betrachtet seine seit einigen Jahren so spezifisch in den Vordergrund getretene Person als ein Hinderniß, namentlich bei dem russischen und österreichischen Gesandte in Wien, Graf Bernstorff, zu seinem Nachfolger bestimmt.

Die Spaltung, welche im Ministerium Brandenburg-Manteuffel eingetreten, läßt sich eigentlich dahin bestimmen, daß die Herren v. Radewitz und v. Ladenberg einer auf die Ergebnisse der Warschauer Konferenz zu begründenden unbedingten Vertrauens-Politik entgegengetreten sind, während die Minister v. Manteuffel und v. Stockhausen, welche sich gegen die Mobilmachung der Armee erklärten, damit das Einschlagen eines Weges bezeichneten, der nur zu dem engsten Anschluß an die russische und österreichische Politik führen könne. Wenn die letztere Ansicht in diesem Augenblicke den Sieg im Ministerium davon getragen hat, so ist der dadurch jetzt hervorgegangene Restbestand des Kabinetts doch keineswegs von der Art, um ihn als den dauerhaftesten Kern eines neuen, auf diese Politik gestellten Ministeriums betrachten zu können.

Der neu eingeleiteten Vertrauens-Politik der preussischen Regierung entspricht es, wenn die in Rassel und Fulda eingerückten preussischen Regimenter vor der Hand nur ein Beobachtungs-Corps bilden werden. An das Wiener Kabinett ist zugleich von hier aus die Aufforderung gerichtet worden, sich über den Zweck der in Kirchenfeld eingerückten Truppen auf eine kategorische Weise auszusprechen. (Siehe hierüber die folgenden Korrespondenzen.) Bis zum Eintreffen einer Antwort möchte sich auch eine definitive Neubildung unseres Kabinetts verzögern.

Das Entlassungsgesuch des Ministers v. Ladenberg und das gestern Abend ebenfalls um seinen Abschied eingekommenen Ministers v. d. Heydt ist von dem König abgelehnt worden, und diese Minister sind unter dem Vorbehalt einer definitiven Beschlußnahme über ihre Stellung (nach dem Eintreffen der aus Wien zu erwartenden kategorischen Rückäußerungen) einstweilen im Kabinett verblieben.

**ss Berlin, 4. Novbr.** So ist denn das, was die mit den politischen Verhältnissen näher Vertrauten bereits vor mehreren Tagen in Aussicht stellten, und wovon wir damals auch förmlich Mittheilung machten, erfolgt: Herr v. Radewitz ist aus dem Ministerium ausgeschieden. Die vorgesehene Sitzung des Ministeriums soll eine überaus stürmische gewesen sein, und die verschiedenartigen Gefühle der Anwesenden sollen sich auf eckelante Weise Luft gemacht haben. Herr v. Radewitz war endlich an die Grenze der Nachgiebigkeit angelangt, ein Schritt weiter und neben dem staatsmännischen Rufe war auch der Ruf der persönlichen Ehrenhaftigkeit eingeleitet. Außer dem König und dem Prinzen von Preußen, wohnte auch der General Wrangel der Sitzung bei. Die Hauptforderung des Herrn v. Radewitz bestand in dem Verlangen einer sofortigen Mobilisirung der Armee. Von den übrigen Ministern waren nur Herr v. d. Heydt und, wenigstens nicht so entschieden, Herr v. Ladenberg gleich der Ansicht mit dem Minister des Auswärtigen. Der Kriegsminister v. Stockhausen, der Graf Brandenburg und General Wrangel, welche den Gegenstand natürlich auch vom militärischen Standpunkte beleuchteten, sprachen sich entschieden für den Frieden aus. Die Anhänglichkeit an die Leiter des November-Ministeriums hat indes den Sieg über sonstige Sympathien für die Anschauungsweise des Begründers der Union davon getragen. Der letzte Schritt ist geschehen, um mit dem Projekte von 1849 zu brechen. Und wie wir seiner Zeit den Eintritt des Herrn v. Radewitz ins Ministerium als eine Demonstration gegen Oesterreich betrachteten, so sind wir auch berechtigt, seinen Austritt als ein Zeichen der Nachgiebigkeit gegen das Wiener Kabinett anzusehen. Fortan hat die Partei im Ministerium die Oberhand, welche von allen größeren Plänen absehend, sich allein auf den preussischen Standpunkt zurückziehen und die das preussische Interesse nicht anders gewahrt sieht, als in einer Verhöhnung, selbst na hohen Preis, mit Oesterreich und Rußland. Herr v. Manteuffel, der Repräsentant dieser Politik, wird nunmehr die Verantwortlichkeit für die Wahrung des spezifisch-preussischen Interesses allein zu tragen haben. Herr v. Bernstorff, der designierte Minister des Auswärtigen, ist bekannt für einen Diplomaten, der ganz und gar der österreichischen Politik zugethan ist, wie man das leider von den meisten unserer auswärtigen Agenten sagen muß. Derselbe soll den Moment der Ernennung des Herrn v. Radewitz zum Minister dazu benutzt haben, sich von Wien zu entfernen, um eben nicht genöthigt zu sein, dem dortigen Kabinett die bekannten sogenannten energischen Noten zu überreichen. — Es müssen jetzt alle Trümpfe ausgepielt werden. Nach dem Herr v. Manteuffel die deutsche Politik beseitigt, ist nur zu wünschen, daß das Ministerium möglichst homogen zusammengestellt werde, damit die neue Politik ungehindert und



schleunig in Thätigkeit treten könne. — Hinsichtlich der gestrigen Unterredung des Herrn v. Manteuffel mit dem Kaiserlichen Minister-Conferenz, welche ich, daß in Folge derselben Herr v. Rosenberg nach Wien geschickt worden sei, um dort das definitive Abkommen der Union sowohl wie des bis herigen Widerstandes gegen die Bundesbeschlüsse zu melden. Es scheint diese Nachricht aber nicht ganz genau zu sein. Eine andere glaubwürdige Version lautet vielmehr dahin, daß preussischerseits die freien Konferenzen sowie das Einstellen der österreichischen Rüstungen als Bedingungen des völligen Einverständnisses aufgestellt werden.

**Berlin, 4. Novbr.** Eine Ueberraschung kann uns nicht mehr begegnen, Herr v. Manteuffel hat für ein Paar Jahre über Preussens Schicksal abgeschlossen. Wie Sie sich erinnern werden, verlangt unsere Regierung nichts als freie Konferenzen, damit ihr der Uebergang von der Union zur Beschlüßung des engeren Rathes durch eine Zwischenstufe erleichtert werde. Unter diesen Konferenzen versteht aber Oesterreich eine Form der Zusammenkunft von Bevollmächtigten nach dem Vorgang der Wiener Konferenzen, so daß es eo ipso präsidirt und es Preußen überlassen bleibt einen Antrag auf Wechsel im Präsidium zu stellen. Während dieser Konferenzen besteht aber Oesterreich auf dem ungeschwächten Fortbestand seines engeren Rathes, es fordert, daß Preußen den Beschlüssen desselben nicht entgegenstehe, während es andererseits die Verwirklichung der Unionverfassung von Preußen präventiv. Graf Brandenburg konnte sich in Warschau nur dazu verstehen, dem engeren Rath die Bildung seines faktischen Bestandes zuzuführen, übrigens aber Preußens Erklärung über die Form der Exekutive, welche Fürst Schwarzenberg in die Hände der beiden Großmächte und Baierns legen wollte, einstweilen vorzulegen; was die Unionsverfassung anlangt, so könne es sie einseitig, ohne das Fürstenthum nicht abändern oder aufheben. Und so verließ Graf Brandenburg Warschau, ohne die Interessen Preußens, die freilich seit dem Mai 1849 immer mehr zusammengeschmolzen waren, im Vergleich zu ihrem letzten Bestande irgendwie preisgegeben zu haben. In Berlin aber unterlag die Partei, die ihm die Instruktionen diktiert hatte. Die preussischen Truppen rückten in Kurhessen nur durch einen Irrthum ein, da die Depeschen an den Kommandirenden ihn nicht rechtzeitig trafen. Radowski's Vorschläge, die sein Memoire vollständig entwickelt, die Baiern aus Kurhessen herauszuwerfen, wenn sie über Hanau hinausgingen und gar Kassel besetzten, die gesammte Armee des österreichischen Kaiserthums und dem Verzeiger Traktat gegenüber mobil zu machen, und unter offener Darlegung dieser Politik vor den europäischen Regierungen, begleitet von einer Ansprache des Königs an sein Volk und getragen von der Zustimmung der sofort einberufenen Kammern die Gefahren eines entscheidenden Krieges auf sich zu nehmen. — Diese Vorschläge wurden verworfen, da von seinen Kollegen nur Herr v. L. denberg auf seiner Seite stand. Entschieden dafür gestimmt war der Prinz von Preußen. Auch der König war anfänglich Herrn v. Radowski's Vorschlägen zugehörig, da er von Oesterreichs Feindschaft gegen das Haus Hohenzollern im Grunde überzeugt ist; dann aber bewegten ihn Einsprüche, deren nähere Beziehung sich von selbst unterlag, der Manteuffelschen friedlichen Tendenz und zwar aus dem Gesichtspunkte beizutreten, daß ein konstitutioneller Fiskus im Einklang mit der Mehrheit seiner Minister handeln müsse. Und diese Mehrheit verlangte den Frieden mit Oesterreich um jeden Preis, zumal der Kriegesminister darauf hinwies, daß der Mobilmachung der Armee die Entlassung der Reservisten und die Einberufung der Rekruten im Wege stehe. Führen der hiesigen konservativen Partei, die gestern eine Audienz bei Herrn v. Manteuffel hatten, soll gestern erklärt haben, daß er sich nur mit gebrochenem Herzen den letzten Beschlüssen angeschlossen, dunkle Worte, wenn man bedenkt, daß Herr v. Manteuffel am Ziel seiner Wünsche ist. Gestern stattete der König Herrn v. L. denberg einen Besuch ab. Und so ging denn gestern Nacht die verhängnisvolle Botschaft nach Wien, daß Preußen sich den Vorbedingungen, welche Oesterreich für die Konferenzen gefordert, vollständig unterwerfe, daß es bereit sei die Zerstörung der letzten Reste der von ihm geschaffenen Union auch gegen den Widerspruch des Fürsten-Kollegiums durchzusetzen, daß in Kurhessen der feindlichen Bewegung der beiderseitigen Truppen vorgebeugt und daß es einer Intervention süddeutscher Truppen in den Herzogthümern zu Gunsten Dänemarks keine Schwierigkeit in den Weg legen werde. In die Schatten dieser verflochtenen Nacht verliert sich ein guter Theil jener preussischen Ehre, als deren Wahrer sich Herr v. Manteuffel von jeher bezeich- net hatte.

**Berlin, 4. Novbr.** Der König hat gestern spät Abends noch die Demission des Herrn v. Radowski unterzeichnet, und, da Graf Brandenburg erkrankt ist, dem Minister des Innern, Herrn v. Manteuffel, interimistisch zugleich mit der Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten betraut. Derselbe hat sich in dieser neuen Stellung heute Vormittag die Abtheilungs-Chefs des auswärtigen Ministeriums vorstellen lassen. Der Graf Bernstorff ist, wie ich bereits gestern meldete, aus Wien durch den Telegraphen herbeigekommen. Derselbe ist definitiv an Stelle des Herrn v. Radowski zum Minister beauftragt, doch zweifelt man bis diesen Augenblick noch, daß er das Ministerium annehmen werde. — Die Krankheit des Grafen Brandenburg, von der ich gleichfalls bereits gestern meldete, soll einen ernstlichen Charakter annehmen, man sprach heute sogar davon, daß sie sich zu einem nervösen Fieber gestalten, was bei dem hohen Alter des Minister-Präsidenten allerdings leicht lebensgefährlich werden könnte. An die Gräfin Brandenburg, welche noch bei der Kaiserin von Rußland in Warschau geblieben ist, wurde heute ein Kurirer mit der Aufforderung zur schleunigen Rückkehr abgeordnet. — Man kann heute hier eine gewisse Verstimmung, namentlich bei Offizieren sichtbar bemerken, wozu einerseits vielleicht das Schwinden der kriegerischen Aussichten überhaupt, speziell aber das Gefühl, daß das preussische Militär in Kassel bereits wieder Besatz zum Rückzuge erhalten habe, beitragen dürfte. Es wird mir aber in der bestimmtesten Form wiederholt, daß an einen solchen Rückzug nicht zu denken sei, Graf Gröben vielmehr die Drohe, unter jeder Bedingung seine gegenwärtige Stellung zu behaupten, empfangen habe. Von der zur Zeit beim Herzog von Braunschweig in Blankenburg weilenden Legationsrathe von Braun- schweig hier angekommen sein, welche eine entscheidende Mittheilung der jüngsten Wendung der preussischen Politik seitens des Herzogs und in sofern eine bevorstehende Aenderung der Stellung Braunschweigs zu Preußen durchblicken lassen.

Dem Berliner Blättern entnehmen wir noch folgende Notizen: [Konf. Zeitung.] Es wird uns versichert, daß eigentliche Transaktionen, um den Rücktritt des Herrn v. Radowski hin- zuhalten, nicht ferner stattgefunden haben; derselbe hat gestern seine Demission erhalten und wird in wenigen Tagen von hier nach Erfurt reisen. Seit dem 1. Nov. hat der abgetretene Minister nichts mehr gegengezeichnet.

Herr v. Schadow hat als Vorsteher des Fürstenthums- gremiums und als Unter-Staats-Sekretär seine Demission gleichfalls eingereicht.

Ein Gerücht, dessen Richtigkeit wir Grund haben zu vertrauen, versichert, daß die Kammern alsbald nach ihrem Zusammentritt verlagert werden sollen.

Am entscheidenden soll Se. kgl. Hoheit der Prinz von Preußen den gestrigen Beschlüssen des Kabinetts entgegen ge- kommen sein. Man versichert, daß derselbe das Bleiben der No- venberminister keineswegs als die conditio sine qua non für die Entscheidung des Kabinetts betrachtet habe.

In Folge der gestern im Ministeriale gestrigen Beschlüsse fuhr der Minister des Innern sofort nach Potsdam zu Sr. Majestät dem Könige, von wo er erst Abends 8 Uhr mit einem Extrazuge zurückkehrte. Der Herr Minister begab sich hierauf nach dem auswärtigen Amte, wo er bis spät arbeitete.

Vor Schluß unseres Blattes erfahren wir noch, daß Herrn v. Manteuffels Politik bei den gestrigen Beratungen völlig ge- festigt hat. Am Mittwoch wurde noch die Nachricht nach Wien erpedirt, daß Preußen bereit sei, die Union und ihre Ver- fassung selber definitiv aufzugeben, und in Kurhessen und den Herzogthümern das gewaltsame Einschreiten der öster- reichischen Koalition vor sich gehen zu lassen.

(Deutsche Reform.) Wir haben zu den gestern mitgetheil- ten Nachrichten leider hinzuzufügen, daß auch der Herr Minister des Innern u. Angelegenheiten nach dem Ausgange der Sitzung des Staatsministeriums vom 2ten d. M. ein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Se. Majestät haben jedoch, wie wir hören, die Demission nicht angenommen, und die bisherigen Kollegen des Herrn v. L. denberg geben sich der Hoffnung hin, daß der Staatsmann, welcher in den schwersten Tagen der Monarchie nach dem Grafen Brandenburg durch das Vertrauen Sr. Majestät zuerst zur Mitwirkung in der Regierung berufen wurde, und welcher seitdem in allen Krisen eine der kräftigsten Stützen des Ministeriums war, auch jetzt sich bewegen lassen werde, ungeachtet der eingetretenen Differenz über die Nothwendigkeit einer allerdings sehr wichtigen Maßregel doch einer Politik, mit deren wesentlichen Grundrissen er je- der Zeit entschieden übereinstimmt, seine fernere Mit- wirkung nicht zu entziehen.

Dem Gerüchte, daß der Handelsminister, Herr von der Heydt, welcher allerdings im Staatsministerium sich der Ansicht des Generals von Radowski entschieden angeschlossen hatte, gleichfalls seine Demission eingereicht habe, können wir wider- sprechen.

Da der Herr Ministerpräsident, Graf von Brandenburg leider in bedenklicher Art erkrankt ist, so wäre der Herr Minister von L. denberg zunächst berufen gewesen, den Vorsitz im Staatsministerium zu führen. Wegen der Stellung, welche der- selbe aber gegenwärtig zum Gesamtministerium einnimmt, ist der Minister des Innern, Herr von Manteuffel, welcher zeit- weilig auch das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten verwaltet, mit dem interimistischen Vorsteher beauftragt worden.

Der Graf v. Bernstorff, bisheriger Gesandter in Wien, ist hierher berufen, wie es heißt, um das Portefeuille der auswärti- gen Angelegenheiten zu übernehmen.

Gestern Abend ist der bisher in Frankfurt angestellte gewesene Legationssekretär v. Rosenberg mit Depeschen, welche sich auf die Ausführung der in den jüngsten Verhandlungen besprochenen freien Konferenzen beziehen, nach Wien abgegangen. Derselbe tritt als erster Sekretär der diesseitigen Gesandtschaft am dorti- gen Hofe ein und wird vorläufig die Geschäfte des Gesandten versehen.

Die in der Stadt gestern und heute, wie es scheint, gesittlich- lich verbreiteten Gerüchte von dem Zurückziehen der preussischen Truppen aus Kurhessen und von dem beabsichtigten Marsch mehrerer Regimenter nach den Herzogthümern sind böswillige Er- findungen.

(Neue Preuss. Ztg.) Der Baron v. Rosenberg, bisher- dienstlicher Legationssekretär in Frankfurt, hat sich gestern Abend nach Wien gegeben, um während der Abwesenheit des Grafen v. Bernstorff daselbst die Geschäfte der preuss. Gesandts- chaft zu übernehmen. Er soll zugleich der Ueberbringer einer Note sein, in welcher die preuss. Regierung sich bereit erklärt, in die freien Konferenzen nach den vom Warschauer Kongreß gemachten Vorschlägen einzugehen, daran jedoch die Forderung einer Einstellung der österreichi- schen Rüstungen knüpft. Wenn aber Oesterreich, heißt es weiter, befehlungsgeachtet in seinen Rüstungen fortfahren würde, so werde auch Preußen seinen Rüstungen die letzte Vollendung geben.

An den Generalleut. Grafen v. d. Gröben ist telegra- phisch die Weisung ergangen, „unter allen Umständen“ einen Zusammenstoß zu vermeiden; nur möge der Gene- ral zusehen, daß die Baiern nicht in Kassel einkücken.

(C. B.) **Berlin, 3. November, Abends 7 Uhr.** Se. Excellenz Herr Graf v. Brandenburg hat nach dem Brechmittel viel Galle gebrochen und danach haben sich die heftigen Schmerzen im Kopf vollkommen ver- loren, derselbe ist frei; das Fieber ist mäßig und der Puls gehoben, große Müdigkeit ist die einzige Klage des Kranken. Dr. v. L. denberg.

**Berlin, 4. November, Morgens 7½ Uhr.** Se. Excellenz der Herr Minister-Präsident Graf von Brandenburg hat die Nacht bis Ein Uhr ruhig und ohne Fieber schlafend zugebracht; von da ab hat das Fieber zugenommen und stieg bis vier Uhr unter großer Unruhe und Delirien, dann erfolgte Nachlass des Fiebers, Schlaf, die Haut ward feucht; jetzt ist der Patient ruhig, vollkommen bei Verstand und hat nur sehr wenig Fieber. Dr. v. L. denberg.

Wie wir nachträglich vernehmen, haben die günstigen Symptome in dem Befinden des hohen Kranken auch im Laufe des Tages sich er- halten. (Ref.) Die hannoversche Politik. Wir können von mehreren sonst wohl unterrichteten Seiten aus Hannover berichten, daß das neue hannoversche Ministerium keineswegs gewonnen ist, blind in die Fustappen der österreichischen Politik zu tre- ten. Es soll bei den neuen Ministern sogar eine entschiedene Neigung vorherrschen, wieder in ein freundschaftliches Ver- hältniß zu Preußen zu treten, und namentlich den bairi- schen Ueberhebungen entgegenzuwirken. Der Beschluß der frankfurter Versammlung, Hannover mit der Bundesexekution zu beauftragen, dürfte nach der in Hannover vorherrschenden Stim- mung schwerlich zur Ausführung gelangen. Ueberhaupt scheint Preußen bei dieser „Ausbeutung“ gegen Schleswig- Holstein ebenfalls ein ernstes Wort einzubringen zu wollen.

(Reform.) Bei der am 30. v. Mts. abgehaltenen Neuwahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer für den Wahlbezirk Marienwerder-Stuhm in Stelle des Landraths Grafen von Nitzberg ist der Professor Dr. C. von Kries in Marzow, Marienwerderschen Kreises, gewählt worden und hat die Wahl angenommen.

Bei der am 2. d. Mts. stattgehabten Neuwahl zweier Abgeordneten für den Wahlbezirk Anklam sind für die erste Kammer: der Landrath von Heyden und für die zweite Kammer der Kreisgerichts-Direktor Gebrüder zu Marzow gewählt worden.

Am 1. d. Mts. kamen hier 553 Personen an und reisten 475 ab. Angenommen: Se. d. Prinz Christian von Schleswig-Holstein- Sonderburg-Glücksburg von Ballenstedt, die kaiserlich russischen Ge- sandten und Kurier Reineke und Dreier von Warschau. Abgereist: der verregelt anhalt-besessene Staats-Minister von Voss nach Dessau; Der k. dänische Kaplän Kurier Schulz nach Hamburg; Se. d. Prinz Waldeemar zur Lippe nach Detmold. Am 2ten kamen 537 an und reisten 335 ab. Angenommen: der kaiserlich russische außerordentliche Ab- geordnete General-Major Kitzinger von Lomskoy und der kaiserlich österreichische Ab- geordnete General-Major Kitzinger von Lomskoy, letzterer auf der Durchreise nach Han- nover. Abgereist: der apostolische Nuntius und Erzbischof von Karthago Mgr. Viale Pirella nach Breslau. (C. C.)

**Kreuznach, 2. Novbr. [Militärisches.]** Heute sind wiederum 3 Bataillone, und zwar vom 15. und 25. Regiment, in hiesige Gegend eingetrückt, durch welche die Zahl der hier liegenden Truppen auf 5 Bataillone gebracht ist; die 2 Schwa- dronen vom 5. Ulanen-Regiment sind ebenfalls noch hier, des-

gleichen auch noch die Fußbatterie, welche nicht, wie vor einigen Tagen von mehreren Blättern berichtet wurde, nach Hesse ab- marschirt ist. Kommandeur des hiesigen Truppenkorps ist nun der frühere Kriegsminister, General v. Strotzka; derselbe traf heute hier ein und bleibt mit dem Stabe in der Stadt. (Düsseld. Z.)

**Koblenz, 2. November. [Militärisches.]** Das kleine bei Kreuznach stehende Truppenkorps wird plötzlich be- deutend verstärkt. Heute fahren auf mehreren Dampfbooten die in Köln gestandenen Bataillone des 15. Regiments hier vorbei, um bei Bingen ans Land zu steigen und sich nach erstgebachtem Orte zu begeben, und morgen bricht ebenfalls ein Pionnier- Bataillon von hier dahin auf. Es heißt, noch weitere Trup- pen, namentlich das 25. Regiment, würden unverzüglich dieselbe Bestimmung erhalten. — Hieraus schließt man, daß diesem Kreuznach-Korps in gewissen Fällen eine nicht unwichtige Be- stimmung zu Theil werden dürfte, und zwar um so mehr, als in vorwärtiger Nacht General v. Strotzka, der frühere Kriegs- Minister, hier eintraf und nach kurzem Aufenthalt weiter reiste, um das Kommando desselben zu übernehmen. — Es heißt in militärischen Kreisen, man beabsichtige mit der unver- züglich zusammenzutretenden Provinzial-Landwehr die rheini- schen Festungen zu besetzen, um sämtliche dazu verwendeten Eintruppen mobil zu machen. — Prinz Friedrich Wil- helm von Preußen, welcher nach seiner Rückkehr aus Italien sich einige Tage am hiesigen Hofe verweilt hat, ist heute nach Bonn abgereist, um seine Studien daselbst fortzusetzen. (Reform.)

## Deutschland.

**Frankfurt a. M., 29. Oktober.** Hinsichtlich der Pacifikation Holsteins hat der Bundestag deren Erzwün- gung durch österreichische Streitkräfte beschlossen. Diese- sen Truppen, oder die Truppen solcher Staaten dort zu verwen- den die eben erst als Verbündete mit den Schleswig-Holsteinern geschlossen haben, um diese Länder unter die Herrschaft Dänemarks zurückzuführen, schien weder klug noch verständlich. Die bisher un- betheiligten Oesterreicher eignen sich besser dazu, und darum ist von der Bundesversammlung die Exekution auf Oesterreich er- kannt. Seit den Zeiten Wallensteins und Zillys wer- den die Ufer der Nord- und der Ostsee zum erstenmal wieder die kaiserlichen Schaaren sehen! Man glaubt nicht, daß Preußen bis zu thätlichem Widerstand schreiten werde. Aus der Fügung in das Unvermeidliche hinsichtlich Schleswig- Holsteins folgt aber auch, daß Preußen dem Zwangsverfahren gegen Kurhessen kein Hinderniß in den Weg legen wird. Das eine beruht auf dem gleichen Grundsatze wie das andere. Die fremden Mächte sprechen den hier versammelten Be- vollmächtigten deutscher Fürsten das Recht zu, mit ge- waltthätiger Hand die dem monarchischen Prinzip widerstrebenden Bewegungen niederzuwerfen. Für den Fall eines offenen Wider- standes Preußens bedrohen sie dasselbe mit Krieg. Preußen wird den angebotenen Kampf nicht annehmen, aber eben darum auch in Kurhessen nicht den Widerstand leisten können, der ihm in Holstein von Europa unmöglich gemacht wird. Die Beset- zung der Etappenstraße durch preussische Truppen wird dann eine Form bleiben, welche die österreichisch-bairische Exeku- tion nicht hindert. Wenn diese Angelegenheiten geordnet sein werden, dann beginnen eigentlich erst die deutschen ihr Leben, als selbstständige Fragen des Innern. Ueber die Lösung ist ein Prognostikon schwer zu stellen. Es wird täglich so viel Groll gehäuft, daß ein herzliches Einverständnis nicht gedacht werden kann. Wer am schlimmsten wegkommen wird, das ist am leichtesten zu errathen! (A. Z.)

**Hanau, 1. Novbr. [Der Sieg des Bundestages.]** Durch den heute erfolgten Einmarsch bairischer Truppen ist un- sere Stadt in ungewöhnlich Bewegung versetzt worden. Die Un- terbringung einer Anzahl von 3,500 Soldaten mit Pferden u. s. w. war für eine Stadt wie Hanau keine geringe Aufgabe; dadurch erklärt es sich wohl auch, daß ein Theil der Truppen — und darunter solche, die schon um 3 Uhr Morgens aus ihren Kantonnirungen aufgebracht waren — noch um 4 Uhr Nach- mittags, der Quartierbillets harrend, auf den Straßen und öffentlichen Plätzen kampirten mußte. Die Quartierbil- lets ist natürlich für Alle groß; man nennt einen Hausbesitzer, der nicht weniger als 60 Mann aufnehmen mußte. Das Haupt- quartier des Fürsten Zaris befindet sich noch hier; mit ihm die Ambulancen, Feldpost, Armeegensdarmerei, kurz alle Zubehör eines Feldmärsches ausgerüsteten Heeres. Die Einwohner Hanau's haben übrigens bei dem Einzuge der fremden Truppen einen rich- tigen Taft bewiesen; sie hielten sich eben so fern von servilem Entgegenkommen, wie von nutzlosen und der gerechten Sache des Landes nur Schaden bringenden Demonstrationen. Den an den Straßenenden angeschlagenen Proklamationen wurde freilich viel mitgeteilt; sie wurden fast überall durch die siebe Jugend wieder abgelesen. — Folgende Proklamation ist erschienen:

Von dem deutschen Bunde durch Beschluß vom 25. Oktober zum Civil-Kommissar ernannt und beauftragt, die landesherliche Autorität in dem Kurfürstenthum wieder herzustellen, bringe ich hiermit nachste- henden Beschluß der hohen Bundes-Versammlung zur öffentlichen Kenntniß:

„Zur Wiederherstellung der gesetzmäßigen Ordnung im Kurfürst- thum Hessen hat, nachdem die kaiserliche Regierung durch ihren Bundesgesandten am 15. d. M. die Hülfe des Bundes in Anspruch ge- nommen hat, nach Anleitung des Art. 26 und 31 f. der Schlußakte die erforderlichen Exekutionsmaßregeln von Seiten des Bundes, in Ueber- einstimmung mit den Vortheilen der Exekutions-Ordnung, insbeson- dere des Art. 6 derselben, in Anwendung zu bringen.“

„Demnach Kurhessen! Zudem ist in Gemäßheit dieses Beschlu- ses, auf Vertheil des Bundes mit dem unter dem Oberbefehl des kaiser- lichen Generals der Kavallerie, Hrn. Fürsten v. Thurn und Taxis, stehenden Armeekorps die türkische Grenze überschritten, ertheile ich die Versicherung, daß die einrückenden Truppen die ihnen obliegenden Pflichten mit aller Schonung, welche die menschliche Gerechtigkeit erfüllen werden und daß die durch die militärische Besetzung des Lan- des unvermeidlichen Leiden, namentlich denjenigen Angehörigen des Kurfürstenthums, die der Wiederherstellung der landesherlichen Autorität keinen Widerstand entgegenstellen, so viel als möglich werden er- leichtert werden. Ich kann mit Zuversicht die Truppen geben, weil ich den achtzigjährigen Geist kenne. Treu ihnen erprobenen Muth, werden sie Schonung vorwalten lassen, wo ihre Pflicht es erlaubt, sie werden aber auch mit unerbittlicher Strenge jeden Aufbruch niederdrücken, jeden Widerstand brechen.“

Der Bund erwartet eine schnelle, durch nichts gehemmte Unterwer- fung unter die von ihm getroffenen Verfügungen. Nur durch die baldi- ge Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustandes können dem Lande die großen Opfer erspart werden, die eine verlängerte militärische Besetzung ihm auferlegen würde.“

„Bewohrer Kurhessens! Die einrückenden Truppen sind Bundes- und mittheilungsfreundlich. Sie kommen nicht, um Euch zu unter- drücken, sondern um im Namen des hiesigen Landesherren aufzuheben, was die gesetzmäßige Ordnung wieder herzustellen und Euch die Wohlthaten einer geregelten, auf die Gerechtigkeit stützenden Verwaltung zurückzugeben. Mit der Durchführung dieser Aufgabe als Civil-Kommissar des Bundes beauftragt, fordere ich im vollen Geheiß der hierdurch gewordenen Verantwortlichkeit die sämtlichen Be- wohner, so wie alle Angehörigen des Kurfürstenthums, auf die Anord- nungen und Verfügungen, die ich im Namen und aus Auftrag des Bundes treffen werde, unverzüglich Folge zu leisten. Meine Aufgabe wird es sein, dafür Sorge zu tragen, daß nach allen Seiten hin Gerechtigkeit gehandhabt werden könne. Das kurhessische Volk hat sich von jeher durch Ordnungsgeliebe, Treue und Unabhängigkeit an- sein angehängten Fürstenthum ausgezeichnet. Diese Tugenden hat es noch jetzt wieder bewährt, indem es bei den von eini- gen der größten Städte des Landes ausgehenden Antrieben, welche bezweckten, die Regierung der Mittel zur Fortführung der Ver- waltung zu verdrängen, sich im Ganzen nicht betheiligte. Es wird auch ferner den Einführungen böswilliger Aufwiegler kein Gehör schenken.“

„Sollte ich mich in dieser Erwartung getäuscht haben, so würde ich gezeugen sein, jede Aufhebung gegen die im Namen des Bundes erlassenen Anordnungen mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken und es würden sich die Folgen ihrer Strafe-

lichen Handlungen selbst zuzuschreiben haben. Hanau, den 1. Novbr. 1850. Im Namen des deutschen Bundes: Graf v. K. v. H. v. G. Civil- Kommissar.“

Die gleichzeitig erfolgte Verhängung des Kriegszustandes, Ent- waffnung aller Einwohner u. halten Viele wohl für eine über- flüssige Strenge. Allerdings wäre sie bei dem Verhalten der Einwohner nicht nöthig gewesen, die Stellung aber, welche Preußen eingenommen hat, erheischt Vorsicht. Es könnte ja leicht eine Kollision eintreten und da muß der Rücken gedeckt sein. Auch sind alle Volksversammlungen, politische Vereine u. verbor- ten und Zeitungen, Journale und Flugblätter können nur mit Erlaubniß der Behörde erscheinen. (S. Z.)

Die Neue Hess. Ztg. enthält folgenden Protest: Nach zwei- tägigen, auf außerordentlichem Wege hier eingetroffenen Nach- richten ist gestern um die Mittagsstunde eine „Bundes-Exeku- tions-Armee“ unter dem Befehle des kaiserl. bairischen Generals- Lieutenants Fürsten von Thurn und Taxis, bestehend aus 3500 Mann bairischen Truppen, an der Spitze das kais. österreichische 15te Jäger-Bataillon, in Hanau eingerückt, nachdem zuvor das kurfürstlich hessische dritte Linien-Infanterie-Regiment aus der Stadt entfernt und nach Wetzlar verlegt worden ist.

„Gegen diese mit bewaffneter Hand geschehene Ver- legung des Bürgerrechts und des deutschen Landfriedens durch den die Rechte einer schon längst nicht mehr bestehenden deutschen Bundesversammlung sich anmaßenden Klub einiger deutschen Gesandten zu Frankfurt a. M. erwartet man von dem Ehr- und Rechtsgelüste der zur Wahrung des deutschen Rechtes vorzugsweise berufenen kaiserl. preussischen Regierung die von ihr selbst wieder- holt in Aussicht gestellten abzuwehrenden Maßregeln, ins- besondere die Säuberung unseres Landes von den frem- den Eindringlingen, schnellst in Anwendung gebracht zu sehen.“

**Kassel, 2. November.** [Der Kurfürst von Hessen ist von seinem eigenen Schwiegersohne, dem Grafen v. Jsenburg-Wächtersbach, der Fälschung angeklagt!] Diese Thatsache wird nicht verhehelt, großes Aufsehen in der Welt zu machen. Ich enthalte mich jeder persönlichen Bemerkung darüber und beschränke mich, Ihnen die Einzelheiten dieses neuesten Beitrags zur kurhessischen Regimentsgeschichte der Wahr- heit gemäß zu berichten. — Die Ehe des Grafen v. Jsenburg- Wächtersbach mit der ältesten Tochter des Kurfürsten wurde immer als eine der glücklichsten im Lande gerühmt, bis die Rückkehr Hasenpflugs nach Hessen, wodurch so manche Familie in Unglück und Elend gestürzt wurde, auch in der gräflich Jsen- burgischen Familie Anlaß zu unheilvoller Zwietracht machte. Der Graf, ein Ehrenmann im vollen Sinne des Wortes, konnte sich nicht enthalten, laut seine Mißbilligung über das Treiben Hasenpflugs zu äußern und den Kurfürsten zu tadeln, daß er mit einem solchen Menschen gemeinschaftliche Sache mache. Die Gräfin fühlte sich durch diese Äußerungen beleidigt, und so erzeugte sich eine Spannung, welche in einen förmlichen Bruch ausartete, als die Regierung ihre Maßregeln auf die Spitze trieb und alle ähnlichen Männer im Lande zwang, sich offen von ihr loszusagen. Besonders wurde das ehrenhafte Vorgehen des Militärs zu einem Stein des Anstoßes für alle zwischen Recht und Hofgünst schwankenden Männer. Graf Jsenburg stellte sich, wie zu erwarten war, auf die Seite des Militärs, während seine Gemahlin es begrifflicherweise mit ihrem kurfürstlichen Vater hielt. Schon sprach man von einer bevor- stehenden Ehescheidung, als vor Kurzem eine Nachricht zur Kunde des Grafen kam, welche, obgleich seit lange in vielen Kreisen bekannt, niemals in die Öffentlichkeit gedrungen ist, nämlich: daß der Kurfürst, zur Verheimlichung der Thatsache, daß seine älteste Tochter (die Gräfin Jsenburg) schon vor sei- ner Ehe mit der Gräfin Schaumburg geboren wurde, durch Bestimmung eines falschen Taufzeichens bewogen hat. — Graf Jsenburg macht jetzt dem Kurfürsten den Prozeß wegen Fälschung des Taufzeichens seiner Tochter, da der Graf die Beweise in Händen hat, daß sie vor der Ehe geboren und deshalb im Lehne nicht erbfähig ist. (Constitut. Z.)

**Stuttgart, 1. November. [Rüstungen.]** Wir hören, daß außer der von mehreren Tagen ausgeschriebenen Einberu- fung Beurlaubter nun auch zur Weite und eben so für die Infanterie eine weitere stärkere Einberufung stattfinden werde.

Die „Württemb. Ztg.“ meldet: „Se. Majestät der König von Württemberg soll dem Vernehmen nach geneigt sein, im Falle eines Krieges ein Kommando über 20,000 Württemberger und 30-40,000 Oesterreicher zu übernehmen. Die kaiserl. Feldaus- rüstung soll parat da liegen. In der Fremdenliste des „Staats- Anzeigers“ vom 28./29. d. M. findet sich: Zobel, österreichi- scher General, von Bregenz. Bekanntlich meldet der amtliche „Eroloer Post“ vom 22. d. M.: die Brigade Zobel in Worarl- berg habe Befehl zur Marschbereitschaft erhalten.“

**Dresden, 3. Nov. [Nach Sachsen rückt.]** Eine ge- stern aus dem Kriegsministerium erlassene Debre besteht aus den Beurlaubten der Armee, so wie allen Kriegesreservisten, ingeleichen allen zu politischen Zwecken kommandirten Mann- schaften sofort in ihren Standquartieren einzutreffen. — Eine weitere Debre ordnet „zur Mobilmachung der Armee“ den Anlauf von 2700 Pferden an. Falls die nöthige Zahl nicht zusammenkommen, soll zu einer zwangsweisen Aushebung verfahren werden. (D. Z.)

**Leipzig, 4. Novbr. [Rüstungen.]** Der Befehl an das Kommando der hiesigen leichten Infanterie, sämtliche Beurlaubte und Reservisten auf der Stelle einzubeufen, ist gestern Nachts von einem höheren Offiziere aus Dresden mittelst Extrazuges hierher gebracht worden. Sofort wurde in der hiesigen Kaserne Alles was schreiben konnte, aufgegeben, um die nöthigen Einberufungsscheine an die beurlaubten Mannschaften auszufertigen und dem angestregtesten Fleiße gelang es, früh mit den ersten Dampfzügen gegen 3000 Stück nach allen Gegenden des Landes zu versenden. Unmittelbar darauf wurde auch nach verschie- denen Städten an die Tuchmacher, Schuhmacher und andere Innungen um Lieferungen von Tuch, Schuhwerk u. geschrieben, da die augenblicklich verfügbaren Vorräthe an Monturen und dergleichen nicht hinreichen für einen so ungewöhnlich hohen Prä- sensstand, wie der eben angeordnete. Die hier und in der näch- sten Umgebung sich aufhaltenden Beurlaubten sind größtentheils noch gestern in den aktiven Dienst wieder eingetreten, heute und morgen wird ohne Zweifel die gesammte einberufene Mannschaft hier versammelt sein. Die Rüstungen sind, nach dem großarti- gen Umfang derselben zu schließen, offenbar mehr als eine bloße Demonstration; allein vergebens fragt man sich, gegen wen sie gerichtet sind. Nach dem, was in Berlin in den letzten Ta- gen vorgegangen, hätte man weit eher auf die entgegengesetzten Anordnungen rechnen sollen. (D. A. Z.)

**Hannover, 2. Nov. [Hannoversche Politik.]** Unwei- schhaft, erfährt man jetzt, sind es die auswärtigen Verhältnisse, welche das Ministerium Stüve hauptsächlich zur Entlassung zwangen; wie man denn in Frankfurt sehr heftig remonstrierte gegen das Verhalten der Minister. Wenn gleich auch Hr. Det- mold bei mehreren Beschlüssen mitgestimmt, so hat derselbe in vielen Fällen, und namentlich in den kurhessischen Beschlüssen, stets seine Stimme mit der Verwahrung abgegeben, erst Instruk- tionen von seinem Hofe einzuholen und mit schließlicher Geneh- migung desselben. Diese Genehmigungen trafen aber nicht in Frankfurt ein, da Stüve dieselben stets verweigerte. Es wurde z. B. Hannover, da es den Bundesbeschluß durch Hrn. Detmold genehmigte hatte, aufgefordert, 8 Bataillone Infanterie als Exekutionsarmee für Kurhessen zu stellen, worauf wiederum keine



Antwort erfolgte. Was das neue Ministerium mit dieser bun-  
destaglichen Erbschaft machen wird, ist noch nicht abzusehen;  
allein um die Stellung des Ministeriums des sogenannten Bun-  
destages gegenüber festzustellen, ist der Graf Ewald von Kiel-  
mannsegg mit einer Mission nach Wien betraut. (Ref.)  
Die „N. Nr. 3.“ theilt die Erklärung der obdenburg-  
schen Regierung in Beziehung auf die neuesten preussischen  
Unionvorschläge mit. Die obdenburgische Regierung geht  
bei ihrer Zustimmung zu denselben von der Voraussetzung aus,  
dass diese Propositionen in Verbindung mit dem Bericht des Ver-  
fassungsausschusses vom 28. d. M. aufzufassen sind, mit des-  
sen Darstellung der Sachlage sich die königl. preussische Regie-  
rung in ihrem Wort vom 28. d. M. im Allgemeinen einver-  
standen erklärt hat. Die großherzogliche Regierung nimmt dem-  
nach insbesondere an, dass die Verfassung vom 28. d. M.  
1849, welche nach erfolgter parlamentarischer Annahme  
und Revision auch von ihr in den Konferenzen des Für-  
sten-Kongresses zu Berlin als zu Recht bestehend aner-  
kannt ist, nach wie vor wie der Ausgangspunkt so das  
Ziel der Union zu bleiben bestimmt sei, und dass eine  
Änderung des nationalen Grundcharakters derselben  
durch die etwa erforderlichen Veränderungen, auf verfassungs-  
mäßigem Wege festzustellenden Modifikationen nicht beab-  
sichtigt werde. Die großherzogliche Regierung sieht die Erfül-  
lung dieser Voraussetzung als eine Bedingung der gegenwärtig  
zustimmenden Erklärung an, und müsste sich im andern  
Falle ihrerseits die freiste Entschliessung vorbehalten. — Ähnlich  
lautete die braunschweigische Erklärung. Die anhalt-  
schauenburgische Regierung stellt ausdrücklich den Antrag  
auf „sofortige Publikation der innerhalb der Union  
vereinbarten Grundrechte“, damit die Verfassungen der  
einzelnen Unionsstaaten demgemäß in die erforderliche Ueberein-  
stimmung gebracht werden.

**Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.**  
Kiel, 3. November. Gestern Nachmittag traf hier ein öster-  
reichischer Offizier ein; derselbe begab sich sofort zur Statthalter-  
schaft und überreichte derselben eine Depesche von dem fogenan-  
nten Bundesrat in Frankfurt a. M. Wie ein Lauffeuer ver-  
breitete sich diese Nachricht in der ganzen Stadt. Gegen Abend  
erfuhr man, dass diese Depesche den Bundesbeschluss in der  
schleswig-holsteinischen Angelegenheit enthielt, dahin lautend: dass  
die Statthalterhaft den Krieg sofort dadurch zu beendi-  
gen habe, dass sie alle und jede Feindseligkeiten einstelle,  
die Armee über die holsteinische Grenze zurückziehe, wo-  
durch Schleswig gänzlich geräumt würde, und die Armee  
auf holsteinischem Boden, als Bundesgebiet, bis zur ge-  
setzlichen Stärke des Bundes-Kontingents aufhöre und  
entlasse. Dieser Beschluss wird als ein rechtsgültiger  
vom fogenannten Bundesrat unter Beifügung der be-  
treffenden Gesetze ausgearbeitet und im Unterlassungsfall  
mit der Exekution von Bundesstruppen gedroht. Ob von  
Seiten der Statthalterhaft eine Antwort darauf erfolgen wird,  
können wir noch nicht berichten; erfolgt eine, so wird jedenfalls  
dieser fogenannten Bundesversammlung das Recht zu einem  
solchen Beschluss unbedingt bestritten werden, da dieselbe in kei-  
nem Falle den Bundesrat repräsentire, und man ist ganz fest  
entschlossen, es auf das Aeußerste kommen zu lassen, da man  
die Ausführung einer Bundesexekution für unmöglich hält. (Ref.)

**De sterreich.**  
NB. Wien, 4. Novbr. (Tagessbericht.) Als wir gestern  
Mittags unter die Presse gingen, trat plötzlich, durch Einkäufe  
eines größeren Hauses im Börse-Cafe eine bedeutende Erzei-  
gung mit 1½ und darüber in Fonds und Aktien ein. Gest  
Nachmittags löste sich das Räthsel. Eine Berliner Depesche hatte  
die Nachricht gebracht, dass Radowski seine Entlassung einge-  
reicht habe. Hierdurch wurde die flau Stimmung, welche die  
am Morgen anlangenden großen Krumpennachrichten erzeugt,  
aufgehoben, und die Zuversicht für fortwährenden Frieden fand neue  
Nahrung. Bei näherer Beschichtigung der eingelaufenen Nachrich-  
ten hat sich jedoch einiges Bedenken erhoben, das durch die gestern  
unter Vorh. Sr. Majestät abgehaltene, sehr lange andauernde  
Ministerberatung auch erhöht wurde. Die Annahme des Ent-  
lassungsgesetzes Radowski's von Seiten Sr. Majestät des Königs  
ist noch nicht gemeldet, während gleichzeitig die Berliner  
Reform, entgegen ihrer bisherigen Haltung, auf die Nachricht  
von der Einrückung der Baiern in Banau, Konflikte als mög-  
lich in Aussicht stellt. Hier aber sagt man: nicht von uns, son-  
dern von Preussens Seite steht ein Friedensbruch bevor, und das  
ministerielle Organ fügt ungeheuer hinzu: „Wir haben eine ge-  
ringe Meinung von der Besonnenheit der preussischen Machtba-  
der und haben uns jedenfalls auf das Aeußerste gefasst gemacht.“  
Man nimmt die Partei Baierns, und wirft Preussens die Ueber-  
eile vor, unberechtigte Drohungen ausgesprochen zu haben. —  
Das Ende dieses kriegerischen Intermezzo ist also noch nicht  
vollständig.

W. M. App. betam den Oberbefehl des 3. Armeekorps in  
Ungarn; G. d. E. G. G. kommt ad latus des Marschall  
Radetzky.  
Der russische Gesandte Baron Meyendorff ist aus Warschau  
hier angekommen.  
Der Sohn des ehemaligen Staatskanzlers, Fürst Richard  
Metternich tritt in den Staatsdienst als Attaché bei der kais.  
Gesandtschaft in Paris.  
Wiener Börse. (1/2.) Auf die gestrige mittägige Stei-  
gerung hatte man ein weiteres Emporschnellen der Kurse er-  
hofft, und fand sich, trotz der Bekräftigung, dass Radowski seine  
Demission begehrt habe, getäuscht. Die Börse hat keine Kraft,  
weder zum Steigen noch zum Fallen; das schnelle Realisiren des  
gestrigen Gewinnes drückt heute selbst die beste Stimmung, und  
so kaufte man am Anfangs sich zeigte, so gedämpft war der  
Schluss. 5½ bis 94 gemacht, gingen um 93½ zurück, Sil-  
ber blieb fast unverändert 20; London 11. 54.  
Jetzt sind die Fonds sehr schwankend, Valuten sehr fest, und  
werden bei fehlenden Abrechnungen über Notiz bezahlt. London 11. 56.  
[Militärisches.] Die Agrarier Zeitung meldet aus  
Lam. 2. November: Die zweiten Bataillone sämtlicher kroa-  
tisch-slavonischer Militär-Grenz-Regimenter und das 1. Bataillon  
des Donau-Grenz-Regiments haben den Auftrag bekommen,  
nach Wien zu marschiren.  
\* Den neuesten, auf telegraphischem Wege eingelaufenen  
Nachrichten zufolge befand sich das Hauptquartier  
des F. M. L. Vegetisch, Kommandanten des vorarlbergischen  
Armeekorps in Konkreiten, auf bairischem Gebiete.

**Frankreich.**  
Paris, 2. November. [Die große Situation] der  
letzten Tage scheint sich beruhigt zu haben, aber es ist evident,  
dass es mit der Ausgleichung nicht ernstlich gemeint ist. Die  
beiden Parteien, welche sich gegenüber stehen, haben sich zu  
grauame und tiefe Wunden geschlagen, als das ein dauerhafter  
Friede zwischen ihnen sollte möglich sein können. Es ist ein  
begonnenes Duell, welches nur mit dem kompletten Ruin der  
einen oder der andern Partei enden können. Die kaiserlichen  
Truppen haben sich vorläufig innerhalb ihres Lagers ver-  
schlossen und bereiten neue Hilfsmittel für die Zukunft vor. —  
Auf der einen Seite das Elend mit einigen ergebenen  
Freunden, mit der Gesellschaft des „Rechten Dezember“ und  
vorzüglich mit dem Ruhme aus der Kaiserzeit, welcher auf die  
Imagination der Landbewohner immer noch von außerordent-

licher Wirkung ist. — Auf der andern Seite der General-  
stab in den Kauterien, mit der Unterstützung der Majorität  
des Parlaments, mit den Sympathien der alt-konfessionellen  
Partei, endlich mit den Sympathien der Armee, welche bis jetzt  
den Gesetzen der Disziplin treu geblieben ist. Die beiden Lager  
beobachten sich und der Zusammenstoß wird nicht lange auf sich  
warten lassen.  
Was das Land anbetrifft, so ist seine Haltung inmitten dieses  
Konflikts mehr indifferent als ängstlich. Man möchte sagen,  
Frankreich ist müde geworden zu fürchten, wie es müde ge-  
worden ist zu hoffen.  
Das Land erwartet ohne sichtbare Bewegung wenigstens  
die Lösung dieser neuen Krise, und klammert sich nur wenig um  
den Ausgang, weil es wohl einsehen mag, dass auch dieses Res-  
ultat keine Lösung herbeiführen wird. Unglückliches Land, das  
so weit gekommen ist, dass ihm seine Uebel unheilbar erscheinen,  
dass es von jeder Erschütterung nur eine Gefahr mehr befürchtet,  
und dass es die Unterthänigkeit seiner Freunde eben so befürchtet,  
wie die Festigkeit seiner Feinde!  
Während dieses bewaffneten Stillstands wird es nur wenig  
neue Incidentsfälle geben können. Aus gewisser Quelle erfahre  
ich, dass General Carrelet (Nachfolger Neumeyers) den neuen  
Posten nur sehr ungern übernommen hat. Was Neumeyer  
anbelangt, so ist es immer noch ungewiss, ob er das ihm ange-  
botene Kommando übernehmen wird oder nicht. Es circuliren  
zwei kontraktirische Versionen; diejenige, welche die Annahme  
meldet, scheint mir die richtige zu sein.

## Provinzial-Beitung.

**Breslau, 4. Novbr.** [Der heutige Abend] brachte zu  
Ehren des Kardinal-Fürstbischöfs Zweierlei: einen Festzug der  
Taufende, welche sich gedungen fühlten, daran sich zu betheiligen,  
und eine Illumination, in welcher eine Anzahl von Thieren,  
Kirchen und Häusern glänzten. Jener in ganz eigenthümlicher  
Weise glücklich gedacht und glücklich ausgeführt. Seine Besor-  
genheit ist schon in dem Sonntagsgedächtnis dieser Zeitung mit An-  
schaulichkeit und Ausführlichkeit geschildert. Hier nur noch einige  
Zusätze. Punkt 7 Uhr setzte er sich vom Büschelplatz aus in  
Begleitung von zahlreichen Fackeln und Windlichtern.  
Seine vier Mal 200 durchscheinenden, bunten (halb weiß, halb  
roth, in 4 Feldern) Ballons mit ihren sinnreichen 3200 Sym-  
bolen wimmelten lustig durcheinander, und gossen einen milden,  
und, besonders in einiger Entfernung angehaucht, zauberhaften  
Glanz auf ihre Umgebungen. Außer seinen Fahnen trug er auch  
auf hohen Stangen in mehrere durchscheinende Embleme, z. B. die  
Wappen der beiden Kirchenstufen, und auf der Rechten die  
Namen; desgleichen in Bezug auf den Mann des Tages drei  
Schriften: So war er. So wurde er. So ist er. Und auf  
der Rechten jedesmal dazu eine treffende, symbolische Darstellung.  
Alles in seiner Malerei. Auf dem Dome bewegte sich der im-  
posante Zug von Links nach Rechts um die Kathedrale, und  
stellte sich rechts derselben in der Nähe des Munnats auf. Eine  
Deputation von 24 Repräsentanten des Lehr-, Wehr- und Nüt-  
standes, worunter 4 Studierende aus allen 4 Fakultäten, verfügte  
sich aus dem Zuge zu dem Gesetzer. Während sie diesem  
glückwünschend ihre Huldigungen darbrachten, ertönte vor der Re-  
sidenz von den vereinigten 4 Musikchören die „Pius-Hymne“,  
und die Lebehochs der Menge erfüllten die Lüfte. Wie die Zug-  
genossen alle gekommen, so entfernten sie sich, um auf dem Nüt-  
terplatz auseinander zu geben. Der Sache wie der Person des  
Tages zu Ehren ließen viele katholische Gebäude ihr Licht hinaus-  
leuchten in die stille, friedvolle, sternbesäte Nacht. Die katho-  
lischen Thürme alle sandten ihre feenhaften Glühern gen Himmel,  
wohl bis gegen Mitternacht hin. Mehrtheils umgürtete sie ein  
reicher Kranz buntfarbiger Papier-Laternen. Hell funkelten die  
Brillanten der beiden Domthürme über das Häusermeer hin,  
und spiegeln sich in den Fluten der Oder. Ein Fenster der  
Matthias-Kirche mit den sehr sauber gemalten Wappen des  
Kardinals und Kardinals, mit der darüber ausgehenden Sonne  
und dem Kreuze in himmlischer Glorie konnte nimmermehr  
bemerklich bleiben. Es warf seinen Strahlenhimmel die ganze  
Schneidebrücke entlang über den Marktplatz und die ganze  
Schneidebrücke bis über Lauenzens Denkmal hinaus.  
Von der Albrechts-Straße an, die Schaubrücke entlang, welche  
der Zug wählte, bis auf den Sand, glänzte zwischen langen,  
hohen, dunkeln Häusern da und dort die Erleuchtung in gelei-  
ter Progression; doch fast ausschließlich nur in Lichtern hinter  
den Fenstern, höchstens in einigen Lampenreihen. Etwas mehr  
hatte die Apotheke auf dem Neumarkt gethan, die weit in die  
Messergasse hinein ihren auffallenden Schein trug. Ebenso nahm  
die Lucas'sche Buchdruckerei die Aufmerksamkeit vieler in An-  
spruch. Dort zwischen zwei Bäumen das Liepenbrücke-Wappen  
mit dem Motto: In ecclesia est vera libertas (In der Kirche  
ist die wahre Freiheit). Die Urschülerinnen sprachen zu den  
Vorübergehenden durch ein paar einfache, aber passende Trans-  
parents. Die Universitäts-Bibliothek im Gegensatz zu dem mei-  
sten innern Lichtlofe, welchen sie wohl zu Breslau in sich schließt,  
ragte mit ihren schwarzen Mauern theilnahmslos empor. Das  
Kreuz an der Sandkirche sowie die reiche Beleuchtung des Por-  
tals der Kreuzkirche schienen, trotz aller Mühe, welche man darauf  
verwendete, nicht zu vollem Glanze zu kommen. Die  
Domkirche entsprach den dafür gehegten Erwartungen wenig.  
Nichts als 4 Lichter und abermals 4 Lichter in jedem Fenster.  
Darauf beschränkte sich der ganze Illuminations-Pomp. In der  
Residenz selbst waren die Fensterladen unten geschlossen, oben  
jedoch der Fenster mit einer Lampenreihe versehen. Das Portal  
der Domkirche machte nicht den gewünschten Eindruck. Die  
oberen Transparents, zwei Engelgehaltnen rechts und links neben  
einem schwarzen, hoch in die Lüfte fast bis zur Uthorst hinauf  
ragenden Kreuze, und darunter in einer Reihe die 12 Apostel  
schimmerten in matten Schreine. Dagegen deutlich darunter las  
man: Amavit eum Deus et ornavit eum (Geliebt hat ihn  
Gott, und hat ihn geschmückt). St. Peters erhabener Dom  
war unter den Spitzbögen des Eingangs in Transparenz zu sehen.  
Die bengalischen Flammen, welche in wechselnder Farbenpracht  
aufleuchteten, umkleideten die beiden grauen Riesen, die Dom-  
thürme, mit einer magischen Helle. Diese machte, besonders von  
der Ziegelkasson und Sandbrücke aus betrachtet, einen überraschend  
schönen Eindruck. Die Bevölkerung der ganzen Stadt und Um-  
gegend war auf den Beinen, das Gedränge über alle Maßen  
groß. Ein Wunder Gottes, dass der ganze Abend, vorzüglich bei  
der Anzahl von Staatswagen und Droschken — selbst auf den  
Brücken — wie man hört, ohne bedeutenden Unfall verlief. Um  
9 Uhr war der Festerglanz schon schlafen gegangen, und Alles  
wieder in seinem gewöhnlichen Glanze. (a. v. p.)

**Breslau, 5. Novbr.** [Politische Nachrichten.]  
Am 10. Juli d. J. hatte ein Mädchen bei einer Witwe Woh-  
nung nachgesucht und auch durch Uebereinkunft einen kleinen  
Nebenstube erhalten. Längere Zeit durch Krankheit heimgesucht,  
war es ihr nicht möglich gewesen, auf ihre in einem verschlo-  
nen Schilde aufbewahrten Sachen, bestehend in einem Paar gol-  
denen Ohrringen, Bett- und Leibwäsche, sowie Kleidungsstücken,  
um Werthe von 54 Thlr. zu achten, demnach auch ihr Schreck  
groß war, als sie vor einigen Tagen ihren Schatz öffnete und  
denselben ausgeräumt fand. Wie bereits ermittelt, sind sämt-  
liche Sachen um den Preis von 13 Thlr. verpfändet.  
Am 1. fand sich in dem Billard-Etablissement kleine Grofshen-  
gasse Nr. 18 ein hiesiger Einwohner ein und blieb stets in der

Nähe des Billards. Nach seiner Entfernung waren aber auch  
sämmliche Bälle, 25 Thlr. an Werth, verschwunden. Doch sind  
dieselben bereits ermittelt, indem der Dieb sie seinem Bruder zur  
sicheren Aufbewahrung übergeben hatte.  
Bei Gelegenheit der am 4. in der hiesigen Domkirche abge-  
haltenen Feiertagsfeier hatten sich auch Diebe eingefunden, welche  
die Taschen ihres Inhalts zu entleeren gesucht hatten. Unter  
ihnen war auch ein Knabe von 13 Jahren, welcher außer mehr-  
eren Cigarren auch eine Cigarrentasche und drei Taschentücher  
verschiedener Art an sich gebracht und seiner hinter ihm gestan-  
denen Mutter zugestekt hatte.

**Breslau, 4. November.** [Konzert.] Wir machen  
das musikalische Publikum auf ein Konzert aufmerksam, wel-  
ches Herr Professor Servais aus Brüssel Mittwoch Abends  
im „König von Ungarn“ geben wird. Zeugnisse von Felix  
Wendelssohn und Lipinski, sprechen sich über die Gesangs-  
Leistungen des Herrn Servais sehr vorthilhaft aus. Unter-  
stützt wird der Kongertgeber von dem Pianisten Herrn Kanis  
aus Warschau, dem Violinspieler Herrn Doppler und dem  
Sänger Herrn Krüger.

**Aus der Provinz.** In der Nacht am 2. Oktober  
wurden einem Kaufmann in Hohenfriedberg, Kreis Wol-  
kenburg, mittelst gewaltthätigen Einbruchs durch Ausbrechen des  
eisernen Fenstergitters im Kaufmannsladen und dessen Comtoir,  
aus dem Schreibtische und Schubladen verschiedene Geldsorten,  
bestehend in doppelten und einfachen Friedrichsdoren, Dukaten,  
Kassenscheinungen, Thalern c., eine goldene Uhrkette und eine  
dergleichen Kufennadel, aus dem Kaufmann mehrere Hüte  
Bücher, 1½ Centner Kaffee rc. gestohlen. Der ohnweit der Stadt  
ausgehobene Wegweiser, welchen die Diebe beim Einbruch benutzt  
haben mögen, wurde im Garten aufgefunden. Da keine Spur,  
wohin die Diebe ihren Weg genommen haben, aufgefunden wor-  
den ist, auch kein Verdacht auf irgend Jemand zum Grunde  
liegt, so hat auch eine Ermittlung bis jetzt nicht stattfinden kön-  
nen. Der Werth dieses Diebstahls soll über 200 Thaler be-  
tragen.

[Erklärung.] Ein in der Beilage zu Nr. 260 dieser Zei-  
tung befindlicher, von uns überschener Artikel hat die Meinung  
erhalten, dass auch in der Umgegend von Wahrenbrunn und  
namentlich auf den Schreiberschen Föhren das Truchselium  
Platz greife. Da die allgemeine Fassung dieses Referats geizig-  
er ist, die gräflich Schaffgotsche Josephinenhütte zu verdrängen,  
so fühlen wir uns zu der Erklärung veranlasst, dass bei die-  
sem Etatskoeffizient jedem Arbeiter ohne Ausnahme das verabre-  
dete Arbeitslohn stets in baarem Gelde ohne irgend eine Verkür-  
zung gezahlt worden ist und noch gezahlt wird. Schreiberschen  
den 3. November 1850. Die Verwaltung der gräflich Schaff-  
gotschen Josephinenhütte.

## Handel, Gewerbe und Ackerbau.

**Breslau, 5. Novbr.** [Gewerbebericht.] In der gestrigen  
Vener-Sitzung erhielten von den früher ausgeschiedenen Mitgliedern  
der Handels-Abtheilung zum ersten Male die Herren Kopisch, Ste-  
tetter, Sonnenberg, Stern und Schmidt, die durch freundliche  
Vermittelung des Hrn. Bürgermeisters wieder eingetreten sind.  
An der Tagesordnung waren 12 Naturalisations-Gesuche, welche  
die k. Regierung zur Begutachtung eingeklagt hatte. Die zu die-  
sem Behufe ernannte Kommission stellte sechs Prinzipien auf, die als  
Nichtschwier für die Zulassung von Ausländern dienen sollen: 1) Die-  
selben mögen nur dann berücksichtigt werden, wenn in deren Heimat  
auch preussische Staatsbürger die Anlagemachung gestattet ist; 2)  
wenn bereits Familien-Verhältnisse angeknüpft sind; 3) wenn Vermögens-  
nachgewiesen wird u. s. w.  
Hr. Kopisch bestritt die Veranlassung das Recht, über das erste  
Prinzipium zu debattiren, weil § 67 der Verordnung vom 9. Fe-  
bruar bestimme: „Ausländer sind zum Betriebe eines stehenden Ge-  
werbes, so weit ihnen nicht die Erlaubnis dazu in Erwiderung der  
im Auslande den hiesigen Gewerbetreibenden entgegenstehenden Be-  
schränkungen überhaupt zu verlagren ist, nur aus erheblichen Gründen  
zugulassen.“ Der Redner findet deshalb jede Debatte über den betref-  
fenden Punkt für überflüssig, da der Gewerberath keine neue Gesetze  
zu machen habe. — Hr. Kopisch will zunächst die Prinzipien erledigt  
wissen, bevor zur Begutachtung der vorliegenden Gesuche geschritten  
werde. Die Veranlassung entscheidet sich dagegen und genehmigt die  
Naturalisations-Gesuche mit Ausnahme von zweien.  
Auf Antrag des Hrn. Stettner wird der Protest gegen die Wahl  
des Hrn. Schriftführers gewählt. Hr. Weis verliest und von Herrn  
Kopisch motivirt. Hr. Stettner beantragt, dass zu einer Neuwahl  
geschritten werde. Hr. Kopisch ist der Meinung, das Kollegium dürfe  
einen früher gefassten gültigen Beschluss nicht ändern, worauf Herr  
Stettner erwidert, dass auch die Kammer und andere Behörden ihre  
Beschlüsse nach Umständen ändern oder aufheben. — Hr. Kopisch erklärt,  
dieses Verbot könne nur dann Platz greifen, wenn eine Privatsache  
durch die Abänderung benachtheiligt werde. Auch sei der ange-  
führte Formfehler, dass Weis bei der Wahl selbst die Stimme  
gegeben habe, nicht schädlich, da die Kammer nach einem ähnlichen  
Mahlworts gebildet worden, wonach jeder Gewählte sich die Stimme  
geben konnte. Der Redner protestirt gegen eine Neuwahl und behauptet,  
die Minderheit des am 14. v. M. gefassten Beschlusses könne nur von  
der vorgesetzten Behörde ausgesprochen werden. Die nähere Moti-  
vierung soll der nächsten Sitzung vorbehalten bleiben.  
Der Antrag des Hrn. Stettner wird mit 21 gegen 6 Stimmen  
angenommen.

**Sitzung des Breslauer landwirthschaftlichen Vereins.**  
welcher sich unter dem Vorh. des Herrn Oberamtmann Seiffert  
am Dienstag am 4. v. M. in dem Lokale des Viehhofes Gartens  
früh um 10 Uhr versammelt hatte.  
Drei Fragen waren für diese Sitzung zur Beratung und resp. De-  
batte gestellt worden, wovon die erste: „Wie kann den landwirth-  
schaftlichen Vereinen mehr Leben eingehaucht werden?“ Ein Mitglied  
nahm das Wort und trug in wenig Zeilen vor, dass eine regere Theil-  
nahme an den Versammlungen nur dadurch herbeigeführt werden könne,  
wenn die Verhandlungen möglichst veröffentlicht, alsdann den Mitglie-  
dern aus Herz gelegt werde, wenn der Landwirth nur dadurch seine  
im politischen und sozialen Verstande geübte Stellung einnehmen  
und behaupten könne, wenn mehr Korporationsgeist und mit dem-  
selben gleichzeitig mehr Durchbildung und damit verbundenes Selbst-  
gefühl bei ihm einkriechen. Der Vorsitzende batte bei der Einleitung  
der Debatte hervorgehoben, dass durch die neuesten Zeitverhältnisse, wie  
so manches sprach der oben erwähnte Redner aus, dass es gerade  
jetzt an der Zeit für den Landwirth, seine Stellung zu wahren und  
geltend zu machen, wo in allen Gewerben und sozialen Verhältnissen  
neue Bahnen eingeschlagen würden. Sollte er da hinter der Zeit zu-  
rückbleiben, so könnte es leicht kommen, dass ihm eine noch untergeor-  
dnete Rolle zuteil, als die bei, welche er vor der Umwälzung genossen.  
Diese Sätze, so wie das, was in den Versammlungen der Vereine  
verhandelt wird, sollte jedes theilnehmende Mitglied allen den Forderungen  
nicht entgehen lassen, aus Herz legen, und sie zu mehreren Eifer für  
die Sache anspornen. Der Redner bemerkte ferner, dass Dinkel und  
Andolzen sehr viele von der Theilnahme abhielten, weil sie diese Be-  
reits hier für sich nicht zu lernen. Der Vorsitzende griff er, der  
merkung auf und wies an seinem eigenen Beispiele nach, er nur erst  
früher auch diese befangene Ansicht getheilt, nachdem er nur erst  
mehrere Male dem Vereine beigewohnt, sich überzeugt hätte,  
wie sehr er im Irrthum gewesen sei, und nun gute Frucht ge-  
mündet Korn hier gesammelt zu haben, was ganz gut sein dürfte  
tragen. Zuletzt sprach sich das zuerst aufgetretene Mitglied dann weiter  
aus, dass die Theilnahme an den Vereinen hauptsächlich sich nicht an-  
habe, wenn sie intensio sei, d. h. wenn die Mitglieder sich häufig an  
den Versammlungen betheiligen. Denn was könnte eine große Zahl nützen,  
die das Verzeichniss nachweist, wenn sich so wenig Theilnahme zeigen.  
Mittel seien gegen die Apathie, die der Vorsitzende beklagte, anzu-  
wenden und solche seien in einige in der Debatte vorgeschlagen worden. Di-  
rektor Lieber fügte der Verhandlung bei, dass die Mitglieder der Vereine  
sich zur Aufgabe stellen sollten, nur interessante Gegenstände vor-  
zutragen; wogegen einige Andere einwandten, es sei mit dem In-  
teressanten eine sehr relative Sache. In dem Mannen etwas für an-  
deutend hatte, was Andere vorschlugen, den Mitgliedern herbei-  
die Idee über, man solle vornehmlich den Mitgliedern herbei-  
die Idee über, man solle vornehmlich den Mitgliedern herbei-  
die Idee über, man solle vornehmlich den Mitgliedern herbei-

staltbesten sich bildeten, und als Zweigvereine sich an die höher ste-  
henden anschließen. Man fand in der Ausführung dieses Vorhanges  
Schwierigkeiten und er ward nicht völlig erledigt.  
„Wie lange hält die gute Wirkung des  
Saamenwechsels bei Getreide?“ Lieber, welcher hier zuerst das  
Wort ergriß, stellte nach einigen einleitenden Worten den Zeitraum auf  
6 Jahre fest. Die Mehrzahl der Mitglieder betheiligte sich an der  
hierüber entstandenen Debatte, die endlich ihr Resultat darin fand;  
dass es auf Klima, Boden und örtliche Verhältnisse an-  
komme, und dass z. B. Saatgetreide, was aus einem  
rauen Klima in ein mildes gebracht werde, in seinen guten Wir-  
kungen nachhaltiger sei, als wenn man umgekehrt verfähre. Sodann ward  
auch aufgeworfen, dass es auf den zugehenden Boden gar sehr ankomme  
und es führte ein Mitglied das Beispiel des weissen Frantensteiner, so  
wie des Sandmühlens Weizens an, der auf Boden, welcher ihm nicht  
zutrifft — möge es auch sonst der vortheilhafteste Weizenboden sein, —  
in wenig, oft schon in zwei Jahren, gänzlich ausarte und immer wie-  
der durch neuen ersetzt werden müsse. Referent würde die Debatte auf  
ein noch ausgeheiteres Gebiet hinüber spielen, und von Klimatisir-  
ung fremder Getreidearten gesprochen haben, wenn nicht zu fürchten  
gewesen wäre, dass sie alsdann eine zu weit Ausdehnung gewonnen und  
die den andern Gegenständen bestimmte Zeit antizipirt haben würde. Der  
Gegenstand im Allgemeinen ist übrigens von hoher Wichtigkeit, indem  
es dem Landwirth gar sehr darauf ankommt, ob er auch nur ein halbes  
Korn mehr Ertrag und dabei noch eine bessere Qualität der Frucht  
gewinnt, was er beides durch Saamenwechsel leicht erzielen kann. — Der  
Vorsitzende hob vor dem Reiz der Frage noch heraus, dass der  
Saamenwechsel ein doppelter sei, und das einmal aus der Fremde, d. h. aus  
andern Ländern, das andere mal aber nur aus dem eigenen Lande, aber aus  
andern Oekonomien und Gegenden, gezogen würde. Man kam überein, dass im  
ersten Falle der Wechsel längere Zeit aufgeschoben bleiben könne, wie im  
letzten.

Die dritte Frage betraf eine am Pfluge anbringende Verbesserung,  
welche Herr Oberamtmann Seiffert zur Sprache brachte. Sie betraf  
die Stellung des Reichpflugs, anstatt auf der rechten, auf der linken  
Seite. Die Sache fand bei der ganzen Versammlung, die fast nur  
aus tüchtigen Praktikern bestand, allgemeine Anknüpfung, und man sah  
den angehenden Plagen dieser Verbesserung ein, bezieht sich aber  
doch eine entschiedene Aussprache des Urtheils bis zur thätlichen  
Uebereinkunft vor. Herr Seiffert hatte eben also verbesserten Pflug  
zur Stelle gebracht, an dem man sich überzeugen konnte, dass er wohl nicht zu  
viel von demselben rühme.  
Zum Schluss trug der Vorsitzende noch einen überaus wichtigen Ge-  
genstand vor. Er betraf die Drainage, d. i. die Ableitung der Quel-  
len und Gassen, so wie überhaupt des überflüssigen Wassers aus den  
Aedern durch thönerne gebrannte Röhren. Es war dieser Gegenstand  
für die nächste, auf den 6. Januar d. J. verlegte Sitzung auf die Ta-  
gesordnung gesetzt, und die Mitglieder wurden ersucht, bis dahin, wo  
sie nur immer Gelegenheit fanden, Notizen zu sammeln und sie als-  
dann zum Vortrage zu bringen.

So führte denn auch die Versammlung den Beweis, wie ernst es  
die Mitglieder mit der Sache meinen, und wie angelegentlich sie den  
Fortschritt zu fördern suchen. Dass die verhandelten Gegenstände von  
Interesse waren, das wird selbst der Laie zugeben müssen, und dass,  
wenn sie ins Leben übergetragen werden — woran hier nicht zu zweifeln  
— sie geeignete Frucht tragen werden. Die Zahl der Versammel-  
ten war zwar nicht groß (nur sechszehn), aber sie bestand aus Män-  
nern, die in Theorie und Praxis fest waren, die also ihre Ansichten  
nicht bloss mit leeren Worten zu vertheidigen wussten, sondern sie auch  
mit festen Gründen unterstützen konnten.  
Nachträglich will ich nur noch bemerken, dass auch Nichtmitgliedern  
der Zutritt zu den Versammlungen, nach vorheriger Anmeldung beim  
Vorstande (selbst noch am Tage der Sitzung) gestattet ist.

## Inferate.

### Versammlung der Stadtverordneten am 7. November.

- Verzeichniss der wichtigeren Vorlagen:
1. Uebergabe des Kassezuges am Ausgang der Antonienstraße an die Stadtgemeinde zur freien Benutzung.
  2. Gutachten der Finanzdeputation, betreffend die Festsetzung und Erhebung von Einkaufsgeldern von neu Anziehenden.
  3. Verpachtung der Eisgruben Nr. 2 bis incl. Nr. 5, des Gärtschens am Holzfactorhause vor dem Marienauer Thore und der Schlitzschuhbahn auf dem Stadtpark zwischen den Brücken am Schweidnitzer Thore und an der Taschenbäckerei.
  4. Bericht über die Sonntagsschule für Handwerkslehrlinge in dem abgelaufenen Schuljahre 1849—50.
  5. Erklärung über die festgesetzte Vergütung des Schadens, welchen das in der Nacht vom 30. September zum 1. Ok-  
tober d. J. ausgebrochene Feuer an den Grundstücken 85  
und 86 der Matthias-Straße angerichtet hat.
  6. Bewilligung von Zuschüssen zur Verankerung unzureichender  
Etagpositionen, von Remunerationen und Unterstellungen  
betriebs-Angelegenheiten.
  7. Kommissions-Gutachten über mehrere Gesuche in Gewerbe-  
betriebs-Angelegenheiten.
  8. Revisions-Erinnerungen zu einer Anzahl Kammerei- und In-  
stituts-Rechnungen.

### Bekanntmachung.

Die Einschätzung der in der Oder-Vorstadt und der  
dazu gehörigen Feldmark belegenen unbauten Grundstücke, so  
weit sie zur dritten Feldmark-Abtheilung gehören, als: Gär-  
ten, Acker, Wiesen, Holz, Wäldchen, Lager- und sonstigen  
Plätze rc., zur königlichen Grundsteuer, wird  
**Donnerstag den 7ten dieses Monats,**  
Vormittags 9 Uhr, in der Matthiasstraße sub Nr. 93  
belegenen fogenannten goldenen Sonne,  
stattfinden.

Die resp. Besitzer der, in dem Theile von der Matthiasstraße  
und der Hundsfeider Chaussee linker Seite, bis an die Car-  
lowitzer, Rosenthaler und Oswiger Grenze belegenen, und  
mit keinem Hause bebauten Grundstücke, oder deren Stell-  
vertreter werden daher mit Bezug auf § 14 zu f der  
Ministerial-Instruktion vom 10. April d. J. hierdurch ein-  
geladen, diesem Einschätzungsgesuche beizumohnen und sich zu  
diesem Behufe zur bestimmten Zeit und im vorangegebenen Lo-  
cale einzufinden.  
Breslau, den 5. November 1850.  
Die Veranlagungs-Kommission für die königliche Grundsteuer  
in der hiesigen Feldmark.

**Der neu gebildete landwirthschaftliche Verein  
zu Briesg** ladet hierdurch alle für Landwirtschaft sich Inter-  
essirenden zum Beitritt ein und wollen sich dieselben diesbezüg-  
lich an den Vereinsvorsitzenden wenden.  
Briesg, den 2. November 1850.

Freiherr v. Richthofen auf Kreiswitz.  
Graf v. Pfeil auf Jahnstorf.  
A. Rietzsch auf Herzogswaldau.

### Zur Erinnerung an Robert Ulm

wird Connabend den 9. Novbr. d. J. eine  
**musikalisch-dellamatorische Abendunterhaltung**  
im Saale des Wintergartens stattfinden.  
Die Musik von der Kapelle des Herrn Musikdirektor Göbel.  
Eintrittskarten à 5 Sgr. sind zu haben bei den Herren: Kirsch-  
nermeister Kirsch, Albrechtsstraße Nr. 3, Kaufmann Julius  
Steiner, Schweidnitzerstraße Nr. 5, Buchhändler Paul  
Scholz, Kupfergasse Nr. 17, Restaurateur Cohn, Al-  
brechtsstraße Nr. 37, Uhrmacher Kopp, Hummeri Nr. 7, Ber-  
goldner Göbel, Albrechtsstraße Nr. 27, Kaufmann Stettner, Karls-  
straße Nr. 20, Kaufmann Jodel, Matthiasstraße Nr. 65, Kauf-  
mann Dffig, Nikolaistraße Nr. 7, Goldarbeiter Heintz, Nie-  
mergasse Nr. 18, im Sekretariat der christlich-höflichen Gemeinde,  
Ritterplatz Nr. 1, und Abends an der Kasse à 6 Sgr.  
Da die Einnahmen zum Besten der Blumfütterung und für  
die Erziehung und Ausbildung armer Kinder bestimmt ist, so  
wird jeder Mehrbetrag dankend angenommen.  
Kasseneröffnung um 4 Uhr, Anfang 6 Uhr. — Das Nähere  
wird das Programm enthalten. Das Komitee.



